

Erscheint täglich außer Sonntags.
Zusätzlich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
beide Ausgaben 85 Pf. pro Woche, 3,60 M. pro Monat.
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einseitige Nonpareilzeile
80 Pf., Reklamezeile 5 M. Ermäßigungen nach Tarif.
Postcheckkonto: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,
Berlin Nr. 37 536. Fernsprecher: Dönhofs 292 bis 297

Todesstrafe beantragt!

Für Stolpe und Benziger — 9 Jahre Gefängnis für Luise Neumann

Der Erste Staatsanwalt beantragte im Nordprozess Ulbrich gegen den Angeklagten Stolpe die Todesstrafe, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und sechs Monate Gefängnis für Unterschlagung. Gegen Benziger gleichfalls die Todesstrafe, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und drei Monate Gefängnis für Unterschlagung. Gegen Luise Neumann wegen Mordes neun Jahre Gefängnis und einen Monat für Unterschlagung. Die Strafe gegen sie ist zu einer Gesamtstrafe von neun Jahren einer Woche Gefängnis zusammenzusetzen. Sämtlichen drei Angeklagten ist die Untersuchungshaft anzurechnen.

Staatsanwaltschaftsrat Herz schildert ausführlich die bereits aus der Beweisaufnahme bekannten Einzelheiten. Er ist der Ansicht, daß sämtliche Angeklagten beim Fassen des Planes die vom Gesetz erforderliche Ueberlegungsfähigkeit besaßen haben; es genügt, sagt er, dazu auch eine geringe Intelligenz. Zwischen der Ueberlegung beim Fassen des Planes und der Ueberlegung bei der Ausführung der Tat hat keinen Augenblick eine Unterbrechung stattgefunden. Benziger, der so schrecklich gequält haben soll, hatte Ueberlegung genug, die elektrische Lampe anzuknippen und den toten Uhrmacher abzuleuchten. Ich kann nicht zugeben, daß den Angeklagten bei Begehung der Tat die Ueberlegungsfähigkeit gefehlt hat. Sie haben sich alle drei des gemeinschaftlichen Mordes im Sinne des § 211 schuldig gemacht, außerdem noch der Unterschlagung.

Erster Staatsanwalt Rombrecht: Ich schließe mich den Ausführungen meines Kollegen in vollem Umfange an.

Lieschen Neumanns Vater erklärt.

Bevor die Staatsanwälte heute mit ihrem Plädoyer begannen, kam der Vater der Angeklagten Neumann zu Wort. Er sagt ungefähr folgendes: Ich möchte die Sache von meinem Standpunkt darstellen. Ich kann nur erklären, daß meine Tochter ein schwer erziehbares Kind war, die Schuld dafür liegt nicht allein an uns, sondern auch an der Allgemeinheit. Vor einem Jahr hatten wir immer noch die Herrschaft über unsere Tochter. Als sie aber Stolpe kennenlernte, da war es mit unserer Macht vorbei. Im Tagesjugendheim lernte sie verschiedene Mädels aus der Tierfänger kennen. Wir waren beim Jugendamt, man erklärte uns aber, daß, solange nichts über sie vorliege, man nichts unternehmen könne, der löse Mund allein sei kein genügender Grund zu irgendwelchen Maßnahmen. Mit dem Jugendheim wurde ausgeräumt, je strenger wir aber gegen Lieschen wurden, desto widerpenflicher wurde sie. Ich mußte meiner Arbeit nachgehen, die Frau ihrer Beschäftigung.

Eines Tages fanden wir einen Zettel vor: sie hatte sich von uns abgemeldet und war unbekannt verzogen. Später erfuhren wir, daß sie in Pankow wohne. Einige Zeit darauf erhielten wir vom Bezirksamt Pankow die Nachricht, daß sie in Stellung gegeben sei und daß das Jugendamt sich ihrer annehmen wolle, solange sie auf der Stelle bleiben würde. Deshalb hat das Jugendamt uns nicht benachrichtigt, bevor es keine Maßnahmen ergrieff, es hat doch wissen müssen, daß das Verbot, in dem es Lieschen untergebracht hatte, ihre Angestellten stets vom Jugendamt bezog und daß Lieschen, das mit einem anderen Mädchen eine gemeinsame Schlafstelle hatte, nach 10 Uhr sich selbst überlassen war. Zwei Monate später erfuhr uns das Jugendamt, Lieschen wieder bei uns aufzunehmen. Wir erklärten uns bereit, es zu versuchen. Eine Zeitlang ging es gut. Stolpe war aber hinter ihr her wie die Katze hinter der Maus. Lieschen war bald wieder fort. Keine Frau ging zum Vater Stolpes und erklärte ihm, sie verbiete, Lieschen in seinem Haushalt aufzunehmen. Er war aber mit ihr zufrieden, kaufte ihr Stoff zum Kleiden, auch alle Verwandten von Stolpe waren mit Lieschen zufrieden und dann kommen sie hierher ins Gericht und sagen ganz etwas anderes.

Ich kann von Stolpe nichts Schlechtes sagen, ich habe ihn für einen anständigen Kerl gehalten. Ich hatte aber keine Ahnung, was Lieschen trieb.

Wir wurde auch nichts erzählt von der Bekanntschaft mit Ulbrich. Wenn Lieschen lange fort gewesen ist, kam er und hat, ich soll sie nicht bestrafen. Wir stehen nun vor einem Rätsel. Wir können nicht begreifen, daß sie jemand zur Tat beeinflusst haben soll. Und die Presse hat soviel Lament aus der Sache gemacht und soviel Unwahres erzählt, daß man alles gar nicht widerlegen kann. Es wäre vielleicht nicht so gekommen, wenn das Jugendamt eingegriffen hätte.

Heute Reichstag

Der Arbeitsplan — Die Hafenkreuzler werden nervös

Der Reichstag tritt heute nachmittag 3 Uhr zu seiner ersten Plenarberatung zusammen. In den heutigen Vormittagsstunden beschäftigte sich der Ältestenrat in zweistündiger Sitzung mit dem Arbeitsplan. Das Plenum soll bis zum 28. März ohne große Pause durchtagern. Sitzungsfrei sollen nur die Tage vom 16. bis 18. Februar und die Tage vom 9. bis 11. März bleiben. Für den Mittwoch ist die Beratung kleinerer Vorlagen in Aussicht genommen. Die Beratung des Reichshaushalts für 1931, die im Mittelpunkt dieses Tagungsabschnittes des Reichstags stehen wird, soll erst am Donnerstag beginnen. Sie wird mit der Beratung des Etats des Reichsfanzlers eingeleitet werden.

Reichsfanzler Brüning wird bei dieser Gelegenheit eine Rede über die politische Gesamtlage halten. Die sich an die Ausführungen anschließende politische Aussprache wird auch nach dem Freitag in Anspruch nehmen. Mit der Beratung verbunden wird der nationalsozialistische Antrag, den Reichspräsidenten zu ersuchen, den Reichstag aufzulösen. Jeder Fraktion ist eine Redezeit von einer Stunde bewilligt.

Die auswärtige Debatte und der Bericht über die letzten Genier Verhandlungen sollen am Dienstag nächster Woche mit einer großen Rede des Reichsaußenministers Curtius beginnen.

Die Absichten einiger Parteien des Reichstags, seine Arbeitsfähigkeit unter allen Umständen aufrecht zu erhalten und zu sichern, die durch interfraktionelle Besprechungen in den letzten Tagen eingeleitet wurden, haben bereits in den Verhandlungen des Ältestenrats zu Protesten der kommunistisch-nationalistischen Opposition geführt. Es ist auch wahrscheinlich, daß diese Proteste in der heutigen Plenarberatung wiederholt werden. Organische Wirkungen werden diese Proteste nicht haben, da es das Recht jeder Partei ist, Anträge auf Aenderung der Geschäftsordnung und der Handhabung der Immunität zu stellen. Positive Möglichkeiten zur Beeinflussung des Reichstags werden erst gegeben sein, wenn die Anträge, die der Sicherung der parlamentarischen Arbeit dienen, überhaupt vorliegen.

Aus dem nervösen Verhalten der Opposition aber läßt sich bereits erkennen, wie unangenehm ihnen die angekündigten Anträge sind und welch ungeheuren Wert Kommunisten und Nazis darauf legen, den Mißbrauch der Immunität weiter zu treiben.

Der Ältestenrat hat sich mit diesen Anträgen nicht beschäftigt, da sie nicht zu seiner Kompetenz gehören. Das Zentrum hatte lediglich den Streit im Rechtsausschuß unterbreitet. Nach der grundsätzlichen Entscheidung des Ältestenrates hat die Mehrheit eines Ausschusses das Recht, den Vorsitzenden nicht nur zu wählen, sondern auch abzuwählen. Zu dem Streitfall selbst nahm der Ältestenrat nicht Stellung.

Endlich beschloß er, nichtständige Ausschüsse einzusetzen für Leibesübungen, Kommunalpolitik, Liquidationschäden und einen Ostauschuß.

Kinomord vor Aufklärung.

Verdächtiger Artist zum zweiten Mal verhaftet.

Von der Mordkommission ist gestern der 31jährige Artist Karl Urban abermals festgenommen worden, da sich auf Grund weiterer Ermittlungen erneut der Verdacht gegen ihn verstärkt hat, daß er als Täter für das Verbrechen an dem Geschäftsführer des Mercedes-Palastes in Neuföln in Frage kommt. Obgleich Urban die Tat bestritt, sprechen die Tatsachen gegen ihn.

Urban war seinerzeit schon wenige Tage nach dem Mord festgenommen und eingehend verhört worden. Zwei Angestellte des Mercedes-Palastes wollten in ihm den Mann erkannt haben, der in der für die Tat in Frage kommenden Zeit über die Bühne gelaufen und durch einen Notausgang geflüchtet war. Urban trat sein Alibi an und benannte einige Zeugen, die bestätigen sollten, daß er sich an dem Mordabend in seinem Hotel aufgehalten habe. Der Artist gab damals auch an, nach seiner Rückkehr aus Amerika keine Waffe besessen zu haben. Da nach einer oberflächlichen Prüfung die Angaben des U. zu stimmen schienen, wurde er alsbald wieder auf freien Fuß gesetzt.

Inzwischen waren aber neue Verdachtsmomente gegen den Artisten aufgetaucht, so daß sich Kommissar Johannes Müller die von U. benannten Zeugen einmal genauer ansah und verhörte. Dabei ergaben sich so starke Widersprüche, die eine erneute Festnahme des Artisten gerechtfertigt erscheinen ließen. So ist es gelungen, ihm nachzuweisen, daß er sich, entgegen seiner früheren Behauptung, im Besitze einer automatischen Pistole Kaliber 6,35 befand. U. will sich der Waffe am 20. Januar, also wenige Stunden vor dem Mord an dem Geschäftsführer Schmoller, entledigt und in einen Müllkasten geworfen (!) haben. Da sich inzwischen auch auf Grund der genauen Rekonstruktion der Tat, wobei die Zeit des Mordes eine wesentliche Rolle spielt, schwerwiegende Verdachtsmomente gegen U. ergeben haben, scheint es nicht anzunehmen, daß Urban tatsächlich der Mörder ist.

Erdbeben in Neuseeland.

21 Personen getötet. — Eine Stadt in Flammen.

Wellington (Neuseeland), 3. Februar.
Heute vormittag ereignete sich im Bezirk Hawkes Bay ein heftiges Erdbeben. Der Meeresboden bei Napier senkte sich. Eine Anzahl Dampfs in Napier stehen in Flammen. Die Telegraphenlinien sind zerstört. Nach den bis jetzt eingetroffenen Nachrichten haben in der Stadt Hastings (südlich von Napier) 21 Personen den Tod gefunden. Das Krankenhaus und das Haus der Krankenschwestern stürzte ein, mehrere Bewohner wurden unter den Trümmern begraben. Die Stadt steht in Flammen und soll bereits zur Hälfte zerstört sein. Ein Ausbruch zur Verteilung von Lebensmitteln hat sich dort gebildet. Auch Wairoa (nördlich von Napier) hat große Verwüstungen zu verzeichnen. Von dort werden zwei Todesopfer gemeldet. Die Städte Waipukurau und Waipawa haben ebenfalls sehr gelitten.

Grüne Woche



„Schlage jetzt vor: Tauentzienbummel!“
„Famos, auf die Art kriegt auch der Weste mal was von der Dsthilfe ab!“

Gegen politisches Rowdntum.

Der Polizeipräsident greift energisch durch.

Die gestern in Charlottenburg vorgenommene Suche nach Waffen, die gewissermaßen den Anfang der vom Berliner Polizeipräsidenten angeforderten Maßnahmen gegen das in letzter Zeit wieder überhand nehmende politische Rowdntum bedeutet, hat zunächst nicht den erwarteten Erfolg gebracht. Bedingt einige Hieb- und Stichwaffen sowie eine Schreckschusspistole waren das Ergebnis der Aktion. Vier bewaffnete Hafentruupen mußten den Weg zum Polizeipräsidenten antreten. Eine größere Zahl der in den betreffenden kommunistischen und nationalsozialistischen Lokalen Anwesenden mußten außerdem sehr genau über ihre Personalien Auskunft geben. In Zukunft wird die Polizei, was im „Vorwärts“ bzw. im „Abend“ wiederholt gefordert wurde, den Verkehrspunkten der radikalen Parteien, den ständigen Ausgangspunkten blutiger Kämpfe und Morde, ihre ganze Aufmerksamkeit zuwenden. Sie wie bisher kann es auch nicht weitergehen, denn seit der Silberhochzeit, in der die Genossen Schneider und Graf den Augen nationalsozialistischer Mörder zum Opfer fielen, haben sich eine Reihe weiterer Bluttaten ereignet, die auf das Blutkonto der Berliner Hafentruupen kommen.

Begehrter wäre es, wenn sich die Waffendurchsuchungen in Zukunft nicht nur auf Lokale, sondern auch auf die Wohnungen berühriger Elemente erstrecken würden.

Offene und geschlossene Augen.

Wie ein Richter, der den Remarque-Film sah, ihn beurteilt.

Der ehemalige Oberbürgermeister von Leipzig, Dr. Kothe, ein auf dem rechten Flügel stehender Anhänger der Deutschen Volkspartei, hatte in Paris Gelegenheit, den Remarque-Film „Im Westen nichts Neues“ sich anzusehen. Aus einem Saal wurde ein Pauk, denn in der „Neuen Leipziger Zeitung“ gibt Oberbürgermeister Dr. Kothe seine Eindrücke folgendermaßen wieder:

Ich bin in sehr trüblicher Stimmung in den Film gegangen; denn ich hatte gelesen, daß darin das deutsche Heer und die Ruhmestaten unserer braven Soldaten verunglimpft werden, und ich als alter Soldat leide keine Beschimpfung der deutschen Armee. Der Film, wie er in Paris gespielt wird, enthält aber auch nichts dergleichen, sondern schildert die Dinge so, wie sie sich nach dem Bericht vieler Augenzeugen tatsächlich abgespielt haben. Man tadelt, daß ein Sergeant dargestellt wird, der die jungen, begeisterten Rekruten schändet. Ja, hat sich das nicht bei uns und in allen anderen Armeen hundertmal ereignet?

Als bei der Remarque-Debatte im Preussischen Landtag der sozialdemokratische Redner über die Figur des Sergeanten Himmelstocher mit fast genau den gleichen Worten dasselbe feststellte, wurde er durch ein Rufegeheul der Rechten unterbrochen, an dem sich besonders stark beteiligte — die Deutsche Volkspartei! — Oberbürgermeister Kothe prüft sofort die Einwände gegen den Film, die er mit folgenden Sätzen abtut:

„Das alles kann nach meinem Dafürhalten keinen Grund zu einem Verbot dieses Films bilden. Der wahre Grund für die Bekämpfung des Films, der zu dem Verbot geführt hat, kann nur darin liegen, daß man der großen Masse des Volkes nicht zeigen will, wie der Krieg war, was für Opfer er den Kämpfern und dem gesamten Volk gekostet hat.“

Wenn man diese Worte eines Mannes, der gesehen hat, überdenkt, so erinnert man sich unwillkürlich an den jamosen Ausruf jenes Redners der Rechten, der auf den Zwischenruf „Haben Sie denn den Film gesehen?“ antwortete mit einem stolzen „Gottseidank nicht!“. Die Hege gegen die Wahrheit haben wirklich alle Urloche, Gott dafür danken, daß ihr beschränktes Hirn nie erfährt, wozu sie eigentlich hegen. Sie würden sonst brotlos werden.

Kommunistische Einheitsfront.

Aber mit den Deutschnationalen!

Zeitz, 3. Februar. (Eigenbericht.)

Die Zeitzer Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit der Wahl des neuen Oberbürgermeisters. Die sozialdemokratische Fraktion beantragte, die Wahl auf ein Jahr zu vertagen bis zum Termin der Wahl des zweiten Bürgermeisters. In der Zwischenzeit würde sich die Möglichkeit ergeben, eine Bürgermeisterstelle einzusparen.

Ueber diesen Antrag waren Besprechungen mit den kommunistischen Stadtverordneten geführt worden und die Kommunisten hatten versprochen, für den sozialdemokratischen Vertagungsantrag zu stimmen. Da über die Personenfrage überhaupt nicht gesprochen worden war, stand ihrer Zustimmung zu dem Vertagungsantrag nichts im Wege.

In der Sitzung selbst jedoch stimmten die Kommunisten plötzlich gegen den sozialdemokratischen Antrag, der nun abgelehnt wurde. In der jetzt erfolgenden Wahl wurde der deutschnationale Kandidat Kerger mit 17 gegen 13 Stimmen zum Oberbürgermeister gewählt. Die Kommunisten gaben weiße Zettel ab und ermöglichten dadurch, daß die Arbeiterstadt Zeitz auf 12 Jahre einen deutschnationalen Oberbürgermeister erhält.

Strafenklassen — aber wohin?

Gefangenenfürsorge und Wirtschaftstrafe.

Man schreibt uns:

Zu dem Artikel „Mängel im Strafvollzug“ im „Abend“ vom 24. Dezember 1930 erscheint mir eine Klarstellung nötig. Ich kann auf den Strafvollzug an sich nicht eingehen, weil mir darüber die Kenntnisse fehlen, die andere, wichtige Seite der Fürsorge für entlassene Strafgefangene wird jedoch meist und so auch in dem betreffenden Artikel zu wenig nach den wirklichen Verhältnissen beurteilt. Der Einsender schreibt, daß Stellen eingerichtet werden müßten, die sich vorzugsweise der Fürsorge für die Entlassenen widmen und sie individuell nach Kenntnissen und Fähigkeiten in der Wirtschaft unterzubringen hätten.

Wie liegen nun die Dinge in der Praxis? Bei dem Arbeitsnachweis laufen die Anträge der Gefangenenfürsorge, Anstaltsleitungen und Pfarrer der Anstalten ein, den Betreffenden schnellstens passende Arbeit zu beschaffen. Neben diesen Anträgen hat der Arbeitsnachweis ähnliche von der Jungen-, Frauen-, Nerven- und Jugendfürsorge, sowie Anträge der Wohlfahrtsämter in großer Anzahl vorliegen, so daß praktisch zurzeit diese Anträge zahlreicher sind als die ge-werblichen Stellen, dazu kommt, daß eine große Zahl von

Bestialische Hafentruupenbluttat

Ueberfall auf Reichsbanner — Ein Toter, drei Schwerverletzte

Köln, 3. Februar. (Eigenbericht.)

In der Nähe von Neuwied haben die Nationalsozialisten und Stahlhelmer in dem kleinen Ort Reichsbach einen überaus feigen Ueberfall auf einen Propagandazug des Reichsbanners ausgeführt. Die Angreifer stürzten aus dem Hinterhalt und schlugen mit Mistgabeln, Weilen und Knüppeln auf die ahnungslos marschierenden Reichsbannerleute ein. Ein Reichsbannermann wurde tödlich, zwei Kameraden wurden schwer verletzt. Der Kaufmann Koch, der zu vermittelnden Versuche, erhielt einen Hieb gegen die Schläfe und brach blutüberströmt zusammen; der Reichsbannermann Wilms wurde ebenfalls durch Weilhiebe schwer verletzt.

Die Nazibanditen versuchten, den Schwerverwundeten in eine Jauchegrube zu werfen. Sie konnten nur durch das entschlossene Eingreifen eines jungen Lehrers daran

gehindert werden. Von den Häusern wurde sogar heißes Wasser auf die Reichsbannerleute geschüttet, so daß ein Mann mit schweren Brandwunden zusammen mit vielen anderen Verletzten ins Krankenhaus transportiert werden mußte.

Die Untersuchung hat ergeben, daß der Ueberfall der Nazis und Stahlhelmer planmäßig vorbereitet war.

Stinkbomben gegen Angestelltenversammlung.

Köln, 3. Februar. (Eigenbericht.)

Die Nationalsozialisten versuchen jetzt auch die gemertschaftlichen und Kulturveranstaltungen der Arbeiterchaft zu stören. Am Montagabend drang ein nationalsozialistischer Trupp in eine öffentliche Versammlung des Zentralverbandes der Angestellten ein. Eine schnell herbeigerufene Reichsbannergruppe verhinderte jedoch ihren Versuch, worauf von den Nazis Stinkbomben geworfen wurden.

Der Kronzeuge gegen Bullerjahn

Gontard klagt gegen Bullerjahns Verteidiger

Vor dem Landgericht III, Charlottenburg, stand heute ein Verteidigungsprozeß an, in dem Herr von Gontard, der Kronzeuge im Prozeß Bullerjahn und ehemalige Direktor der Berlin-Karlsruher Industriewerke, dem Vertreter des wegen Landesverrats vom Reichsgericht verurteilten Lagerverwalters Bullerjahn, Rechtsanwalt Genossen Kurt Rosenfeld, Beleidigung vormieth.

Direktor von Gontard stellte im Prozeß Bullerjahn die Auskunftsperson dar, durch deren private Bekundung das Urteil gegen Bullerjahn gefällt wurde. Obwohl namhafte Juristen in der Richtervereidigung des Zeugen einen Verstoß gegen die Strafprozessordnung sahen — in der Urteilsbegründung sagt das Reichsgericht, daß die Glaubwürdigkeit des Zeugen über jeden Zweifel erhaben ist —, stützte sich das Reichsgericht auf seine Aussage.

Im Dezember 1930 richtete nun der Verteidiger an den Staatssekretär Joel einen Offenen Brief — er nennt den Zeugen von Gontard völlig unglaubwürdig, da er einen Erpressungsversuch und eine Urkundenfälschung begangen habe. Die Urkundenfälschung sei in einem Schriftstück des Großindustriellen Louis Hagen verübt worden. Die Erpressung sei darin zu erblicken, daß von Gontard erklärte, er würde einen Skandal veranstalten, wenn er nicht in den Aufsichtsrat der Daimler-Benz-Werke gewählt würde.

Dr. Rosenfeld erklärte zunächst, daß er an und für sich bereit sei, den Wahrheitsbeweis für seine Behauptung anzutreten, im übrigen müsse er sich aber dagegen wehren, daß mit einer derartigen Klage seine Verteidigerrechte im Fall Bullerjahn eingeschränkt würden.

Das Ende jeglicher Verteidigung sei nahe, wenn man es dem Verteidiger unmöglich mache, Behauptungen aufzustellen, die zur Begründung eines Wiederaufnahmeverfahrens, wie hier im Fall Bullerjahn, notwendig seien.

Nicht er, Rosenfeld, sondern vielmehr der Oberreichsanwalt habe in dieser Angelegenheit zuerst den Weg in die Öffentlichkeit eingeschlagen und erst auf die Veröffentlichungen des Oberreichsanwalts habe er seinerseits erwidert. Nach dem Offenen Brief an Staatssekretär Joel sei die Verteidigung des Herrn v. Gontard wegen Vergleichsverhandlungen an ihn, Rosenfeld, her-

angetreten und hätte erklärt, v. Gontard sei bereit, ihm bei seinem Wiederaufnahmeverfahren zugunsten Bullerjahns beihilflich zu sein und eine Erklärung abzugeben, nach der die objektive Richtigkeit der Feststellungen des Reichsgerichts zweifelhaft sei.

Jetzt plötzlich habe von Gontard aber einen anderen Weg eingeschlagen und habe die Klage gegen ihn angestrengt. Dafür, daß die Behauptung von dem Erpressungsversuch und der Urkundenfälschung richtig sei, könne er, Rosenfeld, deutsche Wirtschaftsführer nennen, deren Namen das Gericht übersehen würden. Mit dieser Namensnennung wolle er aber im Interesse des Wiederaufnahmeverfahrens für Bullerjahn noch warten. Jedenfalls stammten seine Mitteilungen von außerordentlich namhaften Männern der deutschen Wirtschaft.

Die gefälschte Urkunde und der Erpresserbrief lagen vor.

Für den Kläger erwiderte R.-A. Beutner, daß Herr von Gontard im Verfahren gegen Bullerjahn nur von der Kriminalpolizei und vom Untersuchungsrichter vernommen worden sei, nicht aber als eidlicher Zeuge vom Reichsgericht. Dafür, daß das Reichsgericht in dieser Hinsicht einen Verstoß gegen formale Vorschriften begangen habe, könne doch von Gontard nichts. Zu der Beschuldigung des Erpressungsversuches und der Urkundenfälschung lägen Erklärungen des Aufsichtsrates der Berlin-Karlsruher Industriewerke vor, wonach von Gontard keinerlei Vorwurf gemacht werden könne. Außerdem würde die betreffende Sekretärin unter Eid aussagen können, daß in der fraglichen Urkunde nichts geändert worden sei.

R.-A. Dr. Rosenfeld erwiderte, daß nach seiner Auffassung doch das Zeugnis v. Gontards die wesentliche Grundlage für des Bullerjahn-Urteil gebildet habe. Man könne es verstehen, wenn die Mutter Bullerjahns sich in ihrer Verzweiflung an denjenigen Mann gewandt habe, der nach ihrer Meinung und der vieler Kreise für die Verurteilung ihres Sohnes verantwortlich sei.

Das höhere Interesse der Klärung dieses Falles siehe hier gegen das Privatinteresse des Herrn v. Gontard.

Die Verhandlung wurde denn auf den 27. März vertagt, damit der ganze Fall nach Heranziehung von Akten ausführlich bearbeitet werden kann.

Einbrecher mit Hemmungen.

Merkwürdiger Raubüberfall in Neufölln.

Sehr eigenartig verlief ein Raubüberfall, der am Montagabend in einem Zigarettengeschäft in der Kaiser-Friedrich-Straße 232 in Neufölln ausgeführt wurde.

In dem Geschäft waren der Inhaber und zwei Kunden anwesend. Plötzlich fuhr eine Autodrochse vor und zwei Männer stiegen aus. Der ältere trat an den Ladenhelfer heran und kaufte fünf Zigaretten zu 4 Pf., die er auch bezahlte. Der andere, ein jüngerer Mensch, hatte eine Pistole in der Hand, die er kräftig betrocknete. Zweimal zog er den Schließen zurück und jedesmal sprang eine Patronen aus dem Magazin. Dann ging er auf den einen Kunden zu und forderte ihn auf, die Hände hochzuheben und das Geld herauszugeben. Der Bedrohte wich zurück, gab aber nichts her. Der Räuber ließ jetzt um den Ladenhelfer herum und wollte von dem Geschäftsmann Geld haben. Dieser hörte aber rasch die Rufe zu, so daß der Räuber nicht hineinfließen konnte. Inzwischen hatte der ältere fünf Zigaretten zu 20 Pf. aus einer Kiste genommen und war aus dem Laden herausgelaufen. Schnell folgte ihm der jüngere mit der Pistole. Beide flüchten wieder in die Drochse und fuhren davon. In der Hermannstraße bezahlten sie den Chauffeur und verschwanden in der Menschenmenge. Die Vorgänge im Laden spielten sich so schnell ab, daß die drei Personen vollkommen überrascht wurden. Der Chauffeur der Drochse meldete sich auf der Polizei und gab an, er habe gehört, wie seine Fahrgäste von einem Einbruch sprachen. Er habe aber nicht gewagt, etwas zu unternehmen, da er befürchtete, sie würden ihn von hinten anschließen.

Polenorträge an der Universität. Am Dienstag, 3. Februar, 20 Uhr, spricht Dr. v. Auerber-Karlsruhe über „Die wirtschaftliche Lage Polens“ im Universitätsnebengebäude, Dorathausstr. 4. An den kommenden Dienstagen folgen: Prof. Doroszewski: „Die Wiederaufbauarbeit Polens“; Oberleutnant a. D. Graeb: „Die politischen Parteien im polnischen Staat“; und Prof. Hoeslich: „Polens außenpolitische Stellung“.

Blutiger Wahlsieg in Kolumbien. Aus Bogota in Kolumbien wird gemeldet, daß anlässlich der Kongresswahlen bei Zusammenstößen mindestens 27 Personen getötet und 31 verletzt wurden.

In der Zone von Menemen, in der sich kürzlich die Derwischrevolte abspielte, bleibt der Befehlsgewaltstand weitere vier Wochen aufrecht erhalten. Die von dem Kriegsrat über zehn der Anführer gefällten Todesurteile sind noch nicht vollstreckt worden, da sie erst nach der Hauptversammlung zur Bestätigung unterbreitet werden müssen.

Erwerbsbeschränkten, Unfall- und Kriegsbeschädigte unter 50 Proz., sowie Zivilbeschädigte und Invaliden zu betreuen sind, so daß die Möglichkeit, zu helfen, in keinem Verhältnis zu der notwendigen Fürsorge steht.

Dabei darf nicht unerwähnt bleiben, daß Arbeitslose, die ein bis zwei Jahre und länger arbeitslos sind, häufig fragen, ob sie ebenfalls erst stehen müßten, um bevorzugt untergebracht zu werden, da sie trotz ihres Alters bisher noch ehrlich geblieben sind.

Ueber dieser, besonders aus der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit entstandenen Lage bestehen aber für die entlassenen Strafgefangenen noch besondere Schwierigkeiten dadurch, daß z. B. in der Angelegenheit oder Handhabung die Vermittlung fast unmöglich ist. Da es sich hier meist um Vertrauensstellungen handelt und nach dem Gesetz der Vermittler dem Unternehmer von den Vorstrafen Kenntnis geben muß. Es liegt auf der Hand, daß keine Aussicht besteht, daß der Betreffende unter diesen Umständen eingestellt wird, da kein Arbeitgeber Gefahr laufen will, daß der Eingestellte Ausreißer, Hausdiener u. a. die anvertraute Ware zu Geld macht. Der Arbeitsvermittler kann — und diese Fälle sind bereits vorgekommen — bei Verschweigen des Umstandes, daß es sich um einen Verurteilten handelt, haftpflichtig gemacht werden, er ist also gezwungen, sich und die Reichsanstalt für Angestelltenversicherung zu schützen.

Daraus geht hervor, daß es von dem sozialen Verständnis der Unternehmer abhängt, ob die Unterbringung gelingt, und damit sieht es leider sehr trübe aus. Die Erfahrung hat gezeigt, daß bei Einstellung Verurteilter auch dann fast stets abgeteilt wurde, wenn es sich nicht um Eigentumsdelikte handelte und kaum Gefahr für die Firma mit der Einstellung verbunden war. Diese Sachlage zeigt wohl, welche Schwierigkeiten sich dem guten Willen in den Weg stellen.

Die Kirchenfeinde von Seelensfeld.

Zu diesem Bericht in Nr. 17 des „Vorwärts“ schreibt uns Herr Ludendorff, daß die deutsche Götterkenntnis es ablehnt, an Worten anzuknüpfen. Sie stehe mit der heutigen Wissenschaft in völliger Uebereinstimmung. Sie kennt auch keinen Kult, dazu gehören Priester, die Herr Ludendorff ablehnt.

Herr Ludendorff hat eben auch seine Sorgen!

Kein Neuland im südlichen Eismeer gefunden. Die norwegische antarktische Expedition hat, wie aus Oslo gemeldet wird, auf ihren Fahrten im südlichen Eismeer kein neues Land gefunden. Man will in der nächsten Saison mit Hilfe von norwegischen Fischeren aufs neue versuchen, Neuland für Norwegen zu entdecken bzw. zu aufzudecken.

Geständnis der Wahlfälscher.

Ergänzung der Genfer Tagung.

Aus Polen schreibt man uns:

Man versteht in Europa nicht die Binge der plündernden Diktatur, die nichts anderes ist, als eine Spiegelung zaristischer Herrschaft durch polnischen Schlachtführer (Meinadel). Da, wenn der Bauer aufs Ross kommt! Man hat sich in Genf nicht täuschen lassen, aber erzählt hat man das Wesen der Dinge nicht. Jaleski hat dort europäisch gesprochen und das ist schon eine Täuschung. Man muß die Herren zu Hause sprechen hören, wo sie, von ihrer ergaunerten Parlamentsmehrheit geschützt, ohne Angst vor dem Spruch Europas, sich gehen lassen können.

Der Innenminister und Hauptwahlmacher, General Skotkowski, hat in offener Ausschüttung des Senats in einem Zwischenruf das Besondere abgelegt, daß nicht die Wähler im November d. J. über das Wahlergebnis entscheiden, sondern er, der Minister. Er hat somit

zugegeben, was Jaleski bestritten, daß Sejm und Senat keine Volksvertretung sind, sondern ein dem Bedürfnis der Diktatur entsprechendes Scheinparlament.

Der Senator Dr. Rakuch, ein alter Parlamentarier, ein sehr maßvoller Ukrainer, führte dem Ausschuss eine Reihe zynischer Wahlmissbräuche vor, da unterbroch ihn der Innenminister mit dem Bände sprechenden Zwischenruf: „Aber Sie sind doch gewählt worden! Sie wollen sehr gut, daß, wenn ich gewählt hätte, Sie nicht gewählt worden wären.“

Der Minister hatte unüberlegt die Wahrheit gesagt, es ist ihm unbeachtet ein zerfahmetendes Geständnis entfahren. Bedarf es noch weiterer Beweise, ist es notwendig, noch auf gerichtliche Urteile zweifelhafter Objektivität zu warten?

Der Beweis der Wahlfälschungen ist durch das öffentlich abgelegte Geständnis des Hauptwahlfälschers erbracht.

Die vom Völkerverbund an Jaleski erteilten Aufträge sind durch das Geständnis Stadtwortführer zur Ausführung gelangt, das Beweisverfahren ist abgeschlossen. Wird das Urteil den Schuldigen treffen, der das polnische Volk seines Rechtes beraubt hat?

Erst gefoltert, dann ins Zuchthaus.

Warschau, 3. Februar.

Der ehemalige ukrainisch-bürgerliche Sejmabg. Wiszoki, eines der Opfer von Brest-Litowsk, ist vom Bezirksgericht in Rowno zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt worden, weil er während der Ertragswahlen in Wolhynien unter der ukrainischen Bevölkerung staatsfeindliche Agitation betrieben und die polnische Staatsgewalt als „Okkupationsmacht“ bezeichnet hat, die dem ukrainischen Bauern das Land wegnehme, um dort Polen anzusiedeln.

Zensur im Parlament.

Warschau, 2. Februar. (Dzi-Expres.)

Auf Wunsch des Sejmarschalls Switalski hat der Geschäftsausschuss geprüft, ob der Sejmarschall berechtigt sei, die mit Genehmigung der Gerichte beschlagnahmten Presseartikel aus Interpellationen der Abgeordneten streichen zu lassen, um ihre „Immunität“ zu verhindern. Die Opposition im Ausschuss erklärte diese Absichten für verfassungswidrig, da die Interpellationen als Bestandteil der parlamentarischen Verhandlungen die diesen zugesicherte Offenheit genießen. Die Mehrheit entschied, daß die Aufnahme beschlagnahmter Presseäußerungen in Interpellationen unzulässig sei.

Linksradikaler Kongreß verhaftet!

Lodz, 3. Februar.

Die Polizei hat am Montag 350 Mitglieder des Kongresses der linksradikalen Sozialisten unter dem Verdacht kommunistischer Verheerlichkeit verhaftet.

Frauenprotest gegen Nazipolitik.

Der Deutsche Staatsbürgerinnen-Bund hat in Leberechtshaus eine gut besuchte Versammlung ab, die fast ausschließlich von Frauen besucht war, denen man ansah, daß sie der Arbeiterklasse nicht angehörten. „Was haben die Frauen vom Nationalsozialismus zu erwarten?“ war das Thema des Abends, zu dem Frauen verschiedener Parteistellungen sprachen.

Eine Vorkämpferin der Frauenbewegung hat den Frauen zugerufen: „Wir wollen Bürgerinnen im Reich der Freiheit sein“, heute aber heißt es für die Frauen: Bürgerinnen, woher eure Freiheit! Frau von Reizen, die Vorsitzende des Staatsbürgerinnen-Bundes, kennzeichnete die Nationalsozialisten als die Partei, die sich anmaßt, deutschen Geist und Kultur gepädelt zu haben und die doch von diesem Geiste noch nichts gespürt hat. Die Zeiten sind vorüber, wo der Mann schützend vor der Hauswirtschaft stand, in der die Frau waltete. Wie soll denn der Frauenüberfluß untergebracht werden im Dritten Reich, wenn die Frauen aus den Berufen entfernt werden sollen? Mit der Vielweiberei allein wird das Problem wohl nicht gelöst werden. Frau Dr. Kohlbaum-Siebert glaubte, daß die Frauen, die am 14. September nationalsozialistisch wählten, als Leitmotiv anerkannt haben: Wir machen von unserem Wahlrecht Gebrauch, um eine Partei zu wählen, die es uns ganz sicher wieder wegnehmen wird.

Eine kleine Anzahl Anhängerinnen der Nationalsozialisten, junge Mädchen, versuchten inzwischen die Versammlung durch Wärm und andauernde Zwischenrufe zu terrorisieren. Obwohl wie die Vorsitzende mitteilte, die Nationalsozialisten trotz zweimaliger Aufforderung keine Redezeit zugelassen hatten, wurde aus der Berührung heraus einer teutonischen Dame, von den nationalsozialistischen Sachlichen mit hysterischen Heulrufen begrüßt, das Wort gegeben. Mit lauter Stimme gab sie einen Schwall von Phrasen von sich. Es war sehr zu bedauern, daß die nationalsozialistische Lante mit ihrem Kinderwagen den Saal verließ, bevor Genoffin Schreiber-Krieger das Wort nahm. Die jungen „Damen“ hätten etwas lernen können, als die bewährte Kämpferin an geschichtlichen Beispielen zeigte, wie die Frau erst in der Republik zu politischen Rechten gekommen ist. Heute gebrauchen die Nationalsozialisten die alten Argumente gegen die Frauenrechtlerinnen. Vom Sozialismus haben die Nationalsozialisten den Namen, um besser an die Arbeiter heranzukommen, sie denken aber gar nicht daran, eine große Förderung des Sozialismus, Gleichberechtigung aller Menschen, zu verwirklichen. Die Moral der Kraft gilt bei ihnen, die sich nicht nur gegen die Schwachen, sondern auch gegen die Frauen richtet. Aber die Frauen wollen keine Beroberung des politischen Lebens, und deswegen lehnen sie den Nationalsozialismus ab.

Der Kasseler Schulkampf

Vor der Entscheidung über die weltliche Sammelschule

Körperliche und politische Reaktion Hand in Hand — in wenig preussischen Großstädten erlebt man das so deutlich wie gerade jetzt in der kurhessischen und hochzollernischen Residenzstadt i. e. R. Kassel. Der seit Wochen geführte Kampf um die Errichtung einer weltlichen Sammelschule steht vor der Entscheidung. Nachdem die bürgerliche Mehrheit in der Stadtschuldeputation — wie vorausgesehen war — aus „formalen“ Rücksichten (natürlich nur aus solchen!) unter Hinweis auf die verwaltungstechnischen Schwierigkeiten ihr Nein ausgesprochen hat, nachdem dann die Regierung es abgelehnt hat, von sich aus die Einrichtung der Sammelschule für die gemeldeten 300 bis 400 Kinder zu genehmigen und anzuordnen, liegt jetzt die Entscheidung über den Antrag beim Minister.

Die Einbrüche, die man während des bisherigen Kampfabchnittes gewann, zeigen mit aller Deutlichkeit, was die Errichtung einer freien weltlichen Schule für die gesamte freiheitliche Bildungs- und Kulturarbeit in Hessen-Rassau bedeuten würde, wie stark insbesondere die Sozialdemokratie daran interessiert wäre, eine Schule zu bekommen, in der frei von den Fesseln des alten Untertanengeistes, frei von den Bindungen vor allem der Kirche die Kinder des werktätigen Volkes ihr eigenes Leben leben und sich in wirklich jugendlichen Geiste für den späteren Kampf bilden könnten.

Gerade in Kassel beherrscht die protestantische Kirche in einer für den hier nicht Ursprünglichen geradezu unfaßbaren Weise das Denken nicht nur des Bürgertums, sondern auch bedeutender Teile des Proletariats. Biele, ja die Mehrzahl der Frauen und Mütter in der Kasseler Arbeiterbevölkerung, haben Schul- und Jugendzeit in den Dörfern und winzigen Arbeiterstädtchen der Umgebung verbracht. Für diese Frauen ist die Erinnerung an sämtliche Höhepunkte des Lebens (Konfirmation, Trauung, Taufe des ersten Kindes) mit der Kirche verknüpft. Und mer Gelegenheit hatte, die Predigt in einer heftigen Dörferkirche zu hören, wo sich einmal klar gemacht hat, wie stark die Kirche an der Erhaltung aller bestehenden Lebens- und Gesellschaftsformen interessiert ist und damit an der Aufrechterhaltung unserer Wirtschaftsordnung, für den ist es verständlich, daß sich gerade hier, in einer derart im Unterland-

gehörig erzogenen Bevölkerung wie der Hessen-Kassels, die politische Reaktion mit Geist und Wesen der protestantischen Kirche auf engste verbindet. Der Gottesdienst war und bleibt eben für die oft schwer arbeitende Landfrau die einzige Erholungs- und Ausrufstunde in der Woche. Das darf nicht übersehen werden, zumal in einer Gegend wie dieser, wo die Dörfer von einem kleindauerlichen Proletariat gefüllt sind — der Mann im Besatz, Ton- oder Braunkohlenwerk, — die Frau versorgt die kleine Bauernwirtschaft.

Gerade in diesem Kreise, gegenüber solchen kirchlich gebundenen Proletariaten, mindestens gegenüber den Müttern unseres Nachwuchses, muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß ja keine monistische, keine dissidentische, keine Freidenker-Schule geschaffen werden soll, daß der Kampf nicht gegen die „Religion“, sondern gegen die kirchlichen Machtansprüche geht. Wieviele religiöse Menschen lehnen die religiöse Unterweisung an den öffentlichen Schulen aus Religion ab! Kein neues Dogma neben oder an die Stelle des alten, sondern eben eine weltliche, d. h., von jedem Befehlswang freie Schule soll entstehen; eine Schule, in der alle Kräfte der Jugend lebendig gemacht werden, die alle Techniken eines modernen, jugendgemäßen Arbeitsunterrichts pflegt.

Man ist sich in Kassel durchaus darüber im Klaren, daß diese weltliche Sammelschule auf die breitere Basis gestellt, nicht durch ein weltanschauliches Dogma eingeengt werden darf. Alle Kreise des Kasseler Proletariats waren an der Arbeit beteiligt, organisierte und nicht organisierte Freidenker. Zumal die Jugend hat hervorragend gearbeitet und in wenigen Wochen Hunderte von Verhandlungen zusammengebracht.

Der Entscheidung des Ministeriums kommt also besondere Bedeutung zu. Der kulturelle Fortschritt — und nicht einmal bloß der sozialistisch bestimmte, wenn auch dieser in besonderer Maße — hängt von dieser Entscheidung ab. Die Kasseler Arbeiterschaft zweifelt nicht daran, daß man sich im Ministerium der Verantwortung bewußt ist, die diese Entscheidung dem auferlegt, der sie zu treffen hat.

„Stürme über dem Montblanc.“

Ufa-Palast am Zoo.

Seit den „Wundern des Schneeschuhs“ ist der Film aus der Alpenwelt mit bewegten Szenen und Abenteuern in Eis und Schnee eine immer wiederkehrende Nummer unseres Filmparadises geworden. Ich weiß nicht, bei dem wievielten Film dieser unerschöpflichen Serie zum Lob der Alpenhöhen mit stehen, aber man wird nicht müde, immer aufs neue von Bewunderung hingerissen zu werden. Schnee in jeder Gestalt, Felsen und Wind, dazu das Spiel der Wellen und die Vögel der Sonne, das ist eigentlich das ganze Rohmaterial, mit der Natur ihre große Zauberei vollführt. Arnold Fanck hat es trotzdem verstanden, dem alten Thema neue und überraschende Effekte abzugewinnen. Schneestürme, donnerrnde Kaminen und Hochgebirgsgevierte mit zingelnden Eilchen sind wohl noch nie so gezeigt worden. Man hat zu diesem Zweck mitten im Hochgebirge ein Filmatelier eingerichtet, um an der Quelle die Wunder belauschen zu können. Der Schneeschuhlauf über die großen weissen Flächen mit all seinen Zwischenfällen, der Kampf der Bergsteiger mit Sturm und Unwetter, der spannende Aufstieg in die Gletscherpaläste, die Ruff des Windes vom leichten Säufeln bis zum vollen Orchester des Sturmes — all dies haben wir wiederholt im Film erlebt, aber immer wieder ist es neu und erscheint zum Teil auch in neuer Form. Die photographischen Aufnahmen sind über alles Lob erhaben.

Wie immer ist in die große Szenerie der Natur und in den Kampf der Menschen mit ihr eine dramatische Handlung mit zugehöriger Liebesgeschichte verflochten. Es wird damit ein Wechsel der Schauplätze (darunter eine Sternwarte), ein Kontrast der Figuren und ein bewegter Ablauf des Ganzen erzielt. Zu dem Wettermarkt auf den Höhen des Montblanc (4400 Meter hoch) kommen im Flugzeug der Direktor einer Sternwarte mit seiner Tochter, seiner Assistentin. Der Vater verunglückt, aber zwischen den beiden jungen Menschen haben sich Fäden gesponnen, die sie nicht mehr loslassen. Der Wettermarkt, von ihr längst im Tale erwartet, läßt sich nicht ablassen, weil er glaubt, sie wäre einem anderen gefolgt. Ihm erstieren die Hände, ein Abstiegversuch mißlingt. Aber auf sein Hilfesignal hin kommt eine Rettungsexpedition, von der Assistentin geleitet, aber rascher erreicht den in der zerstörten Hütte hilflos seinem Geschick Preisgegebenen Udet mit seinem Flugzeug. (Ohne gleichen sind die Aufnahmen von diesem tollkühnen Fluge durch Bliz und Wetter vor den wolkenumhüllten Bergriesen.) Dem verbliebenen Wirken der Expedition und des Fliegers gelingt es, den Wettermarkt aus Eis und Rot zu retten; die pflegende Hand seiner Geliebten wird sein Los erleichtern. Sepp Riß und Ernst Udet sind die Hauptdarsteller, einfach, schlicht und naturhaft. In den Nebenrollen wirken Friedrich Raßler, Mathias Wiemann und Alfred Seidel mit, jeder auf an seinem Maß. Bei Niefenstahl bringt den Kontrast, sie ist das Mädchen aus der Fremde, aus der Großstadt, und sie gibt photographisch viel her, aber ganz wohl wird einem bei dieser aufgepöppelten Liebesaffäre nicht.

Drei Lyriker.

Vortragsabend im Porza-Haus.

Im Porza-Haus veranstalteten das Kartell Pariser Lyriker und der Bund Deutscher Lyriker einen Vortragsabend. Bruno Schönlank, Gerda von Below und Robert Seig lasen aus eigenen Werken. Drei Autoren von ganz verschiedener Einstellung zur Welt, zum Leben. Schönlanks Lyrik wurzelt im Naturerlebnis. Es sind mit seine schönsten Verse, in denen er dieses Erlebnis einfach, fast volkstümlich nachgestaltet. Aber er ist auch der Dichter der Arbeit, und der Absicht, den er aus keinem Sprechchorus „Der gepöppelte Rausch“ los, war ein eindrucksvolles Beispiel seiner künstlerischen Eigenart.

Gerda von Below sprach aus einem Jynus „Der heilige Tierkreis“. Ihre gewaltigen lyrischen Visionen formen sich aus einer selbstamen Verschmelzung von dogmatischer Religiosität und Pantheismus. Man muß die dichterische Kraft dieser Frau bewundern, auch wenn man ihrer Kunst fernsteht. Graziöse, schwer-mühtige Ironie, spöttende Weltweisheit schillerten die Verse von Robert Seig. Er spielt mit der Realität des Daseins Hangball, solange, bis sich alle sicheren Konturen auflösen, bis die ganze Fragwürdigkeit unserer Wirklichkeit sich offenbart. Er zeigt es ohne

melancholisches Pathos, ohne große Geste, mit einem fädelnd resignierenden Achselzucken.

Internationales Arbeiterlängerfest.

Der Ungarische Arbeiter-Sängerbund will Pfingsten 1932 sein fünfundsanzigjähriges Bestehen durch ein dreitägiges Internationales Jubiläumslängerfest in Budapest begehen. Zur Teilnahme an dieser Veranstaltung sind alle sozialistischen Arbeiter-Gesangvereine der Welt, ganz besonders auch die deutschen, eingeladen. Jedem ausländischen Gesangsverein soll Gelegenheit zu selbständigen Auftritten geboten werden. Für größte Kladrighaltung der notwendigen finanziellen Aufwendungen (Fahrpreisermäßigung, billige und dabei gute Unterkunft und Verpflegung usw.) soll Sorge getragen werden. Angesichts der politischen und kulturellen Verhältnisse in Ungarn wird das Fest eine besonders große Bedeutung für die Arbeiterkulturbewegung gewinnen, und der Ungarische Arbeiter-Sängerbund (Budapest VII, Aréna — ut 68) erwartet deshalb schon möglichst bald recht zahlreichere Anmeldungen zur Teilnahme an dem Feste.

Remarque und die Wirklichkeit.

Eine Rundgebung der Liga für Menschenrechte.

Im überfüllten Bachsaal spricht in einer Versammlung der Liga für Menschenrechte zum Thema „Remarque und die Wirklichkeit“ eine große Zahl Menschen, denen Krieg und Nachkrieg tiefstes Erlebnis waren.

Als erster Heinrich Mann, der von der Uraufführung des Remarque-Filmes in Paris berichtet und die Szene schildert, als ein deutscher Kriegsfreiwilliger aus dem Graben heraus nach einem Schneesturm greift und dabei von einem französischen Soldaten erschossen wird. Eine junge Französin aber im Zuschauerraum schrie in diesem Augenblick auf: „Ne tire pas“. Wir müssen diesen Ruf „Nicht schießen!“ aufnehmen und weiter tragen. Besonders ergreifend die Reden der beiden Frauen, der Sozialdemokratin Adele Schreiber, die zu mehrheitlichem Kampf für Frieden und Freiheit aufruft, und Marie Suchacz, die noch einmal das unendliche Leid der Mütter aus allen Ländern wiederaufleben läßt. Eine Reihe von Zeugnissen wird dann verlesen.

Albert Einstein sagt: Das Verbot dieses Filmes in Deutschland bedeutet eine diplomatische Niederlage für unsere Regierung in den Augen der ganzen Welt. Käthe Kollwitz: Die Mütter, die immer mit ihren Söhnen gehen werden, sind noch bereit, sie herzugeben, aber nicht mehr zu einem Kriege, der an Wahnsinn noch die Jahre 1914—1918 übertrifft würde. Erich Maria Remarque selbst schreibt, das Bewußtsein der Toten heißt nicht Rache, sondern es heißt: „Nie wieder!“ Als Vertreter der Kriegsoffiziere nimmt Reichswehrminister Schöningher das Wort. Er erinnert an das Wort, das da die Frage stellt: Was geschähe, wenn die Gewehr denken würden? „Sorgen wir dafür, daß die Menschen anfangen zu denken.“ Schließl Köppen vertritt die Franzosen. Er hat als Artillerist im Schlamme gelegen, er hat den Krieg von Anfang bis zum Ende mitgemacht und er kennt sein Gewan. Carl Zuckmayer ruft: „Das junge Deutschland wird seinen neuen Weg gehen und wenn es Opfer kostet.“ Christoph Büchdiner schildert das Leid der Kriegsgeschädigten, während Dr. Kurt Fleischer als früherer Kriegsarzt spricht. Die Jugend, den Jahrgang 1902, legt durch Karl Roth's Zeugnis ab, daß auch in ihren Reihen weisse Kreise den Wahnsinn und Wahnwitz des Sozialismus ablehnen. Unter dem Titel „Kriegsdiener“ endlich spricht Peter Riß.

Die Versammlung schloß die Referenten mit Begeisterung und Hymnen ab.

Nobelpreis für Macdonald und Henderson? Der Vorschlag, dem englischen Ministerpräsidenten Macdonald und Außenminister Henderson den Nobelpreis für das Jahr 1930 zu erteilen, geht von der schwedischen Sozialdemokratie aus. Nach dem Vorschlag an das Nobelskomitee, der von zwei Reichstagsabgeordneten der schwedischen Sozialdemokratie unterzeichnet ist, soll der Nobelpreis Macdonald und Henderson je zur Hälfte zufließen.

Der zweite Vortrags- und Diskussionsabend des Forum der Jungen findet am 5. Februar im Porza-Haus, Zudenster Str. 3, statt. Es sprechen David Lajngal, Paul Körner und Otto Rebel. Beginn 8 1/2 Uhr.

Gesundheit / Arbeitskrise

Das Ergebnis einer Rundfrage / Von Dr. Julius Moses

Es ist für die kapitalistische Gesellschaftsordnung bezeichnend, daß in ihr sozialpolitische und sozialhygienische Lebensprobleme der breiten Massen fast ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der kapitalistischen Wirtschaftsinteressen betrachtet werden. Ein Beispiel besonders trauriger Art bildet die gegenwärtige Behandlung des Arbeitslosenproblems durch die bürgerlichen politischen Parteien und die mit ihnen verbündeten Unternehmerkreise. Die Arbeitslosigkeit ist eine soziale Krankheitsercheinung, die sich infolge der auch auf gesundheitlichem Gebiete in der verhängnisvollsten Weise auswirkt. Sie stellt die aktuellste und in ihren Folgen unabwehrbare Gefahr für die Volksgesundheit dar. Trotzdem sieht der Kapitalismus in der Arbeitslosigkeit lediglich ein wirtschaftspolitisches und finanzpolitisches Problem. Man rechnet nach, wieviel Geld die Arbeitslosenunterstützung Staat und Gemeinden kostet, welche Lasten sie der kapitalistischen Wirtschaft auferlegt, welche güterökonomischen Interessen durch sie berührt werden, man bedenkt aber nicht, daß es sich gleichzeitig um eine menschenökonomische Lebensfrage handelt, daß die Arbeitslosigkeit eine Bedrohung der Volksgesundheit bedeutet, und daß eine Reform der Arbeitslosenfürsorge nicht allein ausschließlich vom Interessentenstandpunkt des kapitalistischen Unternehmers und der Staatsfinanzen getroffen werden darf, sondern daß in weit höherem Maße die Volksgesundheit berücksichtigt werden muß.

Der Reichstag wird in der nächsten Zeit sich eingehend mit den Fragen der Arbeitslosigkeit befassen, und wieder ist zu befürchten, daß die parlamentarischen Beratungen sich lediglich auf wirtschaftliche und fiskalische Interessen konzentrieren werden. Es besteht die dringende Gefahr, daß bei den kommenden Entscheidungen das gesundheitspolitische Moment außer acht gelassen wird. Bisher wurde so gut wie nichts getan, um die gesundheitlichen Körperschaften über die gesundheitliche Seite des Arbeitslosenproblems aufzuklären. Welche Aufgabe wäre es beispielsweise für die „Vereinigten Deutschen Wissenschaftler“, die Zusammenhänge zwischen Arbeitslosigkeit und Volksgesundheit durch Gemeinschaftsarbeit wissenschaftlich aufzuklären?

Ich habe an eine Reihe bedeutender Ärzte das Ersuchen gerichtet, mir ihre Erfahrungen, Beobachtungen und Meinungen über die volksgesundheitlichen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit mitzuteilen. Eine erfreulich große Zahl von ihnen hat dieser Aufforderung Folge geleistet. Ihre Antworten wurden gesammelt und werden in den nächsten Tagen als Denkschrift den Regierungen, Parlamenten, Gemeinden, Gesundheitsbehörden und Abgeordneten zugehen. Die Denkschrift verfolgt den Zweck, die gesundheitlichen Körperschaften mit aller Eindringlichkeit darauf aufmerksam zu machen, daß jede Entscheidung über die Arbeitslosenfürsorge auch eine Entscheidung über die Gesundheit des Volkes ist. Aus den Antworten der überwiegenden Mehrheit der Ärzte geht hervor, daß sich die Arbeitslosigkeit auf fast allen Gebieten der Heilkunde fühlbar macht. Besonders deutlich ist der Einfluß der Arbeitslosigkeit der Eltern auf den Gesundheitszustand der Kinder. Professor Moro, Heidelberg (dessen Gutachten wir bereits zum Abdruck brachten) erklärt, daß die Mischstände bei den Kindern, die auf die Arbeitslosigkeit der Eltern zurückzuführen sind, zu schlimmen Befürchtungen Anlaß geben. Diese Mischstände erinnern an die ärgste Not der Kriegsjahre. Die Ernährung der Kinder ist herab, daß das Auftreten von Skorbut und anderen Avitaminosen zu befürchten ist. Professor Gaupp, Tübingen, hatte Kinder zu behandeln, bei denen ängstliche Verstimmungen, ja selbst Lebensüberdrüßgedanken und Selbstmordversuche unter der Einwirkung der Arbeitslosigkeit des Vaters auftraten. Professor Koegele, Freiburg, stellt fest, daß die Ernährung der Kinder der Ruhrung im Jahre 1917 ähnelt. Dr. Ischoltz, Aachen, hebt den Einfluß des schlechten Ernährungszustandes, der ungesunden Wohnungsverhältnisse, der mangelnden Medikamente, des seelischen Druckes, den die Arbeitslosigkeit bei Kindern erzeugt, hervor. Er schreibt: „Die Arbeitslosigkeit trifft an der Gesundheit des Körpers und der Seele der Erwachsenen wie der Kinder. Wenn sie nach lange anhält, bekommen wir eine ungeheure breite Schicht von derartig krankhaft aufgewachsenen Menschen, leiblich und sittlich von früh auf aufs schwerste bedroht.“ Dr. Buttner, Berlin, beobachtet eine Häufung von Tuberkulose und Ekzemen bei Säuglingen arbeitsloser Eltern, auf fallende Verlangsamung der Gewichtszunahme infolge mangelhafter Ernährung und spricht die Befürchtung aus, daß bei weiterem Anhalten der chronischen Nierenerkrankung vor allem der Tuberkulose der Weg gebahnt werden wird. Professor Czerny, Berlin, weist auf die zurückgehende Frequenz der poliklinischen Kinderpatienten hin. (Mangel an Zahngeld?)

Ueber den Einfluß der Arbeitslosigkeit auf die Gesundheit der Frau schreibt Dr. Max Hirsch: „Ganz besonders unheilvoll wirkt die Arbeitslosigkeit auf Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett und auf das Schicksal der Neugeborenen.“ Professor Guggenheimer, Berlin, teilt mit, die seelischen Einflüsse infolge der Arbeitslosigkeit hätten auch ein schnelleres Fortschreiten und eine Zunahme von Geschlechtskrankheiten zur Folge, sie begünstigen, wie bei Frauen beobachtet wurde, eine frühzeitige Arteriosklerose.

Nervenzustand: Gaupp macht darauf aufmerksam, daß zahlreiche Menschen, die durch den Krieg, Unfälle, nervöse Erkrankungen, leichte organische Schädigung des Gehirns eine vielleicht nicht sehr erhebliche Einbuße ihrer Arbeitsfähigkeit erlitten haben, heute bei der großen Arbeitslosigkeit überhaupt keine Stellung finden. Arbeitslosigkeit führt bei psychopathisch veranlagten, wissenschaftlichen Menschen nicht selten zu ungewöhnlichem Trinken, die hoffnungslose Stimmung der Arbeitslosen hat eine Steigerung neurotischer und depressiver Weisenszüge zur Folge. Hirsch weist auf die volksgesundheitliche Gefahr hin, daß Kranke, die in Stellung und Arbeit sind, ihre Krankheit verschleppen, weil sie den Verlust der Stellung befürchten, und sich erst dann in klinische Behandlung begeben, wenn der Krankheitszustand ernst geworden ist. Dann drängen sie vor der endgültigen Heilung aus der Behandlung heraus, um eine Klüftung zu verhindern. Tetsky, Düsseldorf, machte die Erfahrung, daß Arbeiter sich nicht entschließen können, einen Arbeitsplatz zu verlassen selbst wenn aus gesundheitlichen Gründen ein Arbeitswechsel notwendig ist (Weibergiftungen), aus

Furcht vor Arbeitslosigkeit. So kommt es zu schweren Gesundheitsschädigungen.

Infektionskrankheiten: Professor Friedberger, Direktor des Forschungsinstituts für Hygiene und Immunitätslehre, Berlin-Dahlem, stellt eine zwar noch geringe, aber doch deutliche Zunahme gewisser Infektionskrankheiten fest. In den deutschen Großstädten mit über 100.000 Einwohnern hat sich im dritten Vierteljahr 1930 die Sterblichkeit an Diphtherie gegenüber 1927 mehr als verdreifacht. Gerade die Diphtherie ist eine Erkrankung, die von der allgemeinen wirtschaft-

lichen Lage abhängt. Mit Recht nennt Friedberger die heutigen Formen der hygienischen Volksbelehrung (z. B. Hygieneausstellungen) falsch und vielfach auch nur dekorativ. Wichtiger ist die Besserung der Wohnverhältnisse und der Ernährung.

Geschlechtskrankheiten: Viele unbeschäftigte, darbenbe junge Mädchen neigen zur notlindernden Hingabe ihres Körpers. Die einzige Einschränkung besteht darin, daß der Käufer fehlt. Hätten wir nicht die wirklich erfolgreiche Einschränkung der Syphilis durch unsere modernen Mittel, so sähe es fürchterlich aus. So wüßte nur die Gonorrhoe in ungemindertem Maße. So schreibt Professor Felix Pintus, Berlin.

Das ist nur ein kurzer Auszug. Daneben ist noch eine große Anzahl wertvoller wissenschaftlicher Gutachten erstattet worden, die den Regierungen und den Parlamenten eindringlich zeigen, daß der Beratung über die Arbeitslosenfrage unbedingt Sozialhygieniker und Soziologen zugezogen werden müssen, weil hier eins der wesentlichsten Güter des Volkes, seine Gesundheit, in Frage steht.

Generalangriff gegen den Krebs

Abkommen zwischen Aerzten, Krankenkassen und Behörden

In Berlin starben 1921 5800 Menschen an Tuberkulose, 4600 an Krebs, 1928 dagegen 4300 an Tuberkulose und 6800 an Krebs. Wenn also der Direktor beim Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin, Dr. Schwöers, in einem temperamentvollen Vortrag vor der Berliner Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege zu einem scharfen und wohlorganisierten Feldzug gegen den Krebs aufrief, und wenn dieser Kreis von hervorragenden Fachleuten sich widerspruchlos seiner Parole anschloß, so liegt die Begründung darin, daß der Krebs mehr und mehr zu einer Volkskrankheit zu werden droht, trotzdem die moderne Medizin nicht nur imstande ist, den Krebs zu erkennen, sondern auch ihn mit dauernd steigendem Erfolg zu heilen! Zwar können schon heute fast 90 Proz. aller Hautkrebsfälle mit Sicherheit geheilt werden. Zwar wird der Brustkrebs der Frauen mehr und mehr operierbar, noch zu Bilkroths Zeit, vor 40 Jahren, blieben nach der Operation des Brustkrebses noch nicht 5 Proz. der Frauen länger als drei Jahre am Leben; heute erreichen über 70 Proz. der Operierten mehr als fünf Jahre Gesundheit, die Zeit, nach der man von endgültiger Heilung sprechen kann. Aber immer noch wüßte der Unterleibskrebs der Frauen heute schrecklich: 10.000—12.000 Frauen sterben in Deutschland jährlich daran und die führenden Frauenärzte weisen immer wieder darauf hin, daß 50 Proz. dieser meist kinderreichen Frauen für fünf bis zehn Jahre ihrer Familie erhalten bleiben könnten, wenn sie rechtzeitig behandelt würden. Erschütternd sind die in der Fachliteratur niedergelegten Erfahrungen der großen Kliniken, wie oft allein das „Zu spät“ dem Arzt die Hände bindet. Wenn der Krebs das Organ zerstört hat, dann kann kein Arzt, kein Messer, kein Radium mehr helfen. Frühzeitige Erkennung und Frühbehandlung sind also die ersten Aufgaben, die zu lösen sind.

Anderer Länder sind uns in der Krebsbekämpfung vorangegangen. Schweden hat unter Leitung seines großen Strahlensforschers Forssell schon seit 1910 eine vorbildliche Organisation aufgebaut. Sie enthält schon die Grundzüge, die später überall zur Anwendung gekommen sind und wohl auch bei uns Nachahmung finden werden, nämlich stroffe Konzentration der Diagnostik und der Behandlung in wenigen Zentren. Nur an drei Stellen, in Stockholm, Lund und Göteborg, sind etwa 80 Krankenhäuser bereitgestellt, in Verbindung mit vorzüglich ausgerüsteten Instituten, deren Ärzte und deren Instrumentar der Forderung nach höchster Leistungsfähigkeit durch strenge Spezialisierung genügen. Dort können die modernsten diagnostischen Verfahren und vor allem jede Art Therapie angewandt werden, das Messer, alle Strahlen, Röntgen, Licht, eine zweckentsprechende Allgemeinbehandlung, deren Wert unbestritten ist, seit man nachweisen konnte, daß die Krebskrankheit beim Wahhabenden leichter verläuft als beim Armen.

Eine der Grundlagen der Krebsbekämpfung ist das Radium. Die genannten schwedischen Institute sind im glücklichen Besitz von sechs Gramm Radium. Bei richtiger Verteilung genügen diese sechs Gramm vollauf für die gesamte Bevölkerung Schwedens, die so nicht viel größer ist als die Groß-Berlins. Die Vereinigten Staaten dürften die größte Menge besitzen, allein New York verfügt über mehr als 13 Gramm, davon acht Gramm im Memorial Hospital. 45 New-Yorker Krankenhäuser sind Bestrahlungsinstitute angegliedert; 70 Krankenhäuser haben einen eigenen Krebsüberwachenstellen in ihrem Ambulatorium eingerichtet. Die Vieljährigkeit ist aber auch der größte Nachteil des New-Yorker Systems, es fehlt jede Planmäßigkeit in dem mit viel Begeisterung und noch mehr Geld geführten Feldzug gegen den Krebs. Frankreich besitzt etwa 50 Gramm Radium, England 42 Gramm, davon London allein vier Gramm, jedoch hat England ebenso wie wir noch keine planmäßige Bekämpfung des Krebses begonnen, während Frankreich unter der Führung eines Zentralkomitees beim Hygieneministerium die Behandlung in 15 Zentralstellen konzentriert hat.

Durch die zehnjährige Wesperrung vom Weltverkehr und die Beschränkung seiner Mittel ist Deutschland ins Hintertreffen geraten, obwohl gerade die deutsche Wissenschaft führend an der Schaffung der wissenschaftlichen Grundlagen beteiligt war und ist. Wir besitzen im ganzen kaum 10 Gramm Radium. Diese Menge könnte bei vernünftiger Verteilung vielleicht ausreichen. Bisher ist sie aber so verzerzt, daß der Gesamteffekt des vorhandenen schwer beeinträchtigt wird. Bis herab zu einzelnen Milligrammen ist das Radium in Deutschland auf Institute und Krankenhäuser verteilt. Die größte Gesamtmenge dürfte mit einem Gramm, dem hoffentlich bald ein zweites sich angliedern wird, in dem Deutschen Institut für Frauenkunde in Berlin (Prof. Liepmann) konzentriert sein. Die Stadt Berlin verfügt über nur 400 Milligramm. Ueber das ganze Rheinland sind zwei Gramm verstreut, und so ist es in ganz Deutschland.

Hier hat eine wirkungsvolle Zusammenfassung der Kräfte große Aufgaben vor sich. Sie sind erkannt und werden tatkräftig angegangen. In Baden hat sich zuerst ein arbeitsfähiger Landesverband gebildet, der fünf Zentren geschaffen hat. Eine Arbeitsgemeinschaft der beteiligten Körperschaften in Hannover ist erfolgt. Hamburg arbeitet nach eigenem, mehr dezentralem

System. Berlin steht im Beginn des Kampfes. Vor wenigen Wochen ist ein Abkommen getroffen worden zwischen der Berliner Ärzteschaft, dem Verband der Krankenkassen und der Landesversicherung dahingehend, daß eine Geschwulstfürsorge geschaffen wird, in der alle auf Krebs verdächtigen Fälle aus der Bevölkerung durch Meldung der behandelnden Ärzte erfasst und für rasche Klärung der Diagnose und sofortige und nachhaltige Anwendung der besten Behandlungsart gesorgt werden soll. Diese Fürsorgestelle soll den Grundstein des Gebäudes bilden, das Stadt und Staat jetzt zu errichten beginnen. Stadtmedizinalrat Dr. von Drigalski und Dr. Schwöers betonten übereinstimmend, daß die Zusammenfassung der vorhandenen Kräfte genügen würde, um zwei städtische Zentralen zu schaffen. Sie sind bereits in Vorbereitung im Rudolf-Virchow-Krankenhaus und im Roabit.

Was fehlt, ist das Radium. In diesem Punkte könnte die Konzentration einen höheren Wirkungsgrad des vorhandenen bedingen. Im übrigen hoffen die leitenden Männer auf den finanziellen Erfolg einer demnächst einziehenden Werbearbeit, die sich an alle interessierenden Kreise richten wird. Jede Spende für einen Radiumfonds kann als eine Versicherung für die eigene Gesundheit, als ein Stück Sicherung gegen eigenes unheilbares Siechtum gelten. Dr. Günther Wolf-Berlin.

Bürokratie in der Krebsbekämpfung?

Das vor kurzem in Berlin zwischen den Krankenkassen, den Ärzten und der Landesversicherungsanstalt Berlin getroffene Abkommen zur Krebsbekämpfung hat zum Ziele, sobald wie möglich eine organisierte Fürsorge für Kranke mit bösartigen Geschwulsten zu schaffen. Danach ist jeder erkennende Arzt zur Meldung an eine Zentralfürsorgestelle verpflichtet, die an Hand einer anzulegenden Karteikarte dauernd für sorgfältige Behandlung des Kranken Sorge zu tragen hat. Sie ist deshalb mit bestimmten Rechten ausgestattet. Ferner ist ein Zusammenwirken der behandelnden Ärzte, Kassen und Gutachter in Form von Kommissionen vorgesehen.

Der Kernpunkt des Abkommens ist der Punkt, der die ärztliche Betreuung betrifft. Er besagt, sie bleibe grundsätzlich in der Hand des behandelnden Kassenarztes bzw. Kassenfacharztes, solange nicht Maßnahmen, die der Kassenarzt nicht durchführen kann, auf Grund eines Gutachtens im Rahmen der Geschwulstfürsorge im Gange sind.

Dazu sind folgende Tatsachen zu bemerken. Die Methoden der Krebsbehandlung sind kostspielig. Man denke nur an das eminent kostbare Radium. In vielen Fällen wird eine Radiumbestrahlung unumgänglich sein. Der einzelne Arzt ist nur höchst selten im Besitz einer Menge dieses Heilmittels, die ihm Freiheit in der erforderlichen Dosierung erlaubt. Spezialfachärzte vorzuziehen zuweilen mehr zu dem Zweck, ihr angelegtes Kapital rentiert zu sehen, als unter dem Gesichtspunkt einer ausreichenden Dosierung. Eine ökonomische Verwendung der vorhandenen Radiummengen ist nur möglich durch Konzentration in großen Instituten. Auch das zwischen den Verbänden getroffene Abkommen kann sich trotz aller Rücksichtnahme auf alternde Auffassungen von freier ärztlicher Praxis der Tatsache nicht verschließen, daß in der Geschwulstbehandlung die entscheidenden Maßnahmen nur in Zusammenarbeit mit ärztlichen Großbetrieben (Krankenhäusern, Spezialinstituten) geleistet werden kann.

Es ist deshalb außerordentlich befremdend, daß nach dem Wortlaut des Abkommens für die vielen Normalfälle erst ein Gutachten nötig zu sein scheint, um sie der einzig möglichen und erfolgversprechenden Behandlung zuzuführen. Durch Erschließung dieses neuen Gebiets für die allerorts so unbeliebte Gutachterstätigkeit wird dreierlei erreicht. Erstens wird die Behandlung unnötig verzögert. Zweitens wird in das Verhältnis Patient-Kasse-Arzt ein neues bürokratisches Reibungs-moment hineingetragen, wodurch neue Mißstimmung über das Funktionieren unseres Sozialversicherungssystems erzeugt wird. Schließlich ist der Verzicht auf ein neues erprobliches Tätigkeitsfeld (auf Kassen des Vericherten natürlich) eröffnet; denn Gutachten werden beinahe ausschließlich entprechend honoriert.

Nur wenn das Schwergewicht in der organisatorischen Zusammenarbeit zwischen Zentralstelle, Ärzteschaft (und Gesundheitsamt) auf den staatlich anzuerkennenden Instituten für Bekämpfung der Geschwulstkrankheiten liegt (und nicht auf der freipraktizierenden Ärzteschaft), ist ein Erfolg denkbar. Rehnlich führte auch Stadtmedizinalrat Dr. von Drigalski auf einem Referat in Dresden im Juni vorigen Jahres aus, der darauf hinwies, daß einerseits diese Institute zugleich Fortbildungstätten für Ärzte sein müssen, daß außerdem den frei praktizierenden Ärzten die Aufgaben der Nachbehandlung und Nachbeobachtung zufallen. Das vorliegende Abkommen läßt nicht erkennen, wie unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte, die von einem im Berliner Gesundheitswesen führenden Manne vorgetragen sind, eine erfolgreiche Bekämpfung der Geschwulstkrankheiten reibungslos durchgeführt werden soll.

Heinz Adam.

Arbeiterwasserballer und ihre Serie

Die letzten Spiele — Der neueste Tabellenstand

Am Samstag siegte bei den dieser Tage abgehaltenen Serien-Spielen der Arbeiterwasserballer erwartungsgemäß Röme über Spandau. Spandau trat mit veränderter Mannschaft an, deren Zusammensetzung nicht an das der Röme-Leute heranreichte; am zahlenmäßig hohen Resultat kommt die mangelnde Deckungsarbeit beider Mannschaften klar zum Ausdruck.

Spandau hatte Anwurf, griff frisch an, der Schuß wurde gehalten. Röme kombinierte gut nach vorn durch, der rechte Stürmer gab vor dem Strafraum an den linken Stürmer ab und dieser verwandelte, selbst bedrängt, unhaltbar. Kurz danach gab es nochmals einen Kampf vor dem Spandau-Tor, bei dem der Torhüter den Ball versehentlich zu kurz abspielte, dem Mittelstürmer von Röme in den Arm warf, der den Ball mit Leichtigkeit ins Tor beförderte. Energische Angriffe brachten nun Spandau vor das Röme-Tor, eine weite Vorlage des rechten Verteidigers wurde vom rechten Stürmer von Spandau zum ersten Tor für seinen Verein verwandelt. Ungenaues Zuspiel bei den Spandauern verschuldete dann zwei weitere Erfolge für Röme. Beim Stande 4:1 für Röme drängte Spandau noch einmal stark und vermochte durch annehmbares Abspiel zweimal hintereinander erfolgreich zu sein. Die Ueberlegenheit von Röme trat dann wieder klar zutage; aus jeder Spielhandlung vermochten die schnellen Röme-Leute Vorteile zu erringen. Drei Tore bis zur Pause verschafften ihnen eine klare 7:3 Führung. Nach der Pause war Röme durch einen Fehler des unter seiner sonstigen Form spielenden Torhüters von Spandau noch einmal erfolgreich. Das Spiel nahm dann an Härte zu, Spandau kämpfte mit großem Eifer und überwand noch dreimal den Torwächter von Röme. Die Aktionen von Röme waren in der zweiten Spielhälfte uneinheitlich, allerdings schossen seine Stürmer auch reichlich neben und über das Tor. Der Röme-Sieg entspricht dem Spielverlauf.

Der Stand der Serie

Charlottenburg führt!

Nachdem nun die erste Hälfte der Winterrunde im Wasserballspiel ausgetragen ist, läßt sich jetzt ein Ueberblick über den derzeitigen Stand der Serie gewinnen. Noch im vergangenen Jahre bestand die Berliner A-Klasse des Arbeiter-Turn- und Sportbundes aus acht Mannschaften. In dieser Serie ist diese Zahl auf zehn Mannschaften erhöht worden. Neben den bekannten Mannschaften kamen als Neulinge die junge Römemannschaft und die 2. Garnitur von Hellas dazu. Beide haben schon gute Proben

ihres Können ablegen können. Speziell Röme machte den guten A-Mannschaften schon viel zu schaffen. Neben dem 7:5-Sieg am Sonnabend über Neutölln schnitt sie auch im Verhältnis zu den anderen A-Mannschaften gegen den Bundesmeister am günstigsten ab. Während andere zweifelhafte Verdienste, erzielte Charlottenburg gegen Röme nur ein 7:2-Resultat. Gute Nachwuchsspieler hat Hellas in der 2. Mannschaft, die, obwohl an letzter Stelle in der Tabelle stehend, gegen Spandau nur ganz knapp verlor. 7:6 war hier das Resultat. Wer glaubte, daß Hellas I nach der knappen 1:0-Niederlage gegen Charlottenburg am Beginn der Saison nun in den weiteren Spielen alles überrennen würde, sah sich getäuscht, denn Weissensee überraschte durch einen 7:4-Sieg über die Hellenen. Endgültiges über die Stärke der Hellasmannschaft kann man erst nach der Austragung des Protokollspieles gegen den Bundesmeister sagen; denn Scheinbar geht es Hellas wieder so wie vor Jahresfrist, bei der ersten Runde konnten sie sich nicht zusammenfinden, in der zweiten Runde gewannen sie alle Spiele. Die stärksten Mannschaften sind eigentlich noch nicht zusammengekommen. Nach den bisherigen Resultaten zu urteilen scheint Charlottenburg so stark zu sein, wie gelegentlich der letzten Serie bei der Erringung der Kreis- und Bundesmeisterschaft. Wenn nun der Bundesmeister beim Olympia als Nationalmannschaft gut abschneiden soll, so empfiehlt es sich, stärkere Auswahlmannschaften für die Trainingsspiele den Charlottenburgern gegenüberzustellen, um die Kampfkraft zu erhöhen. Denn die Wiener, die gleichzeitig die österreichische Landesmannschaft darstellen, sind schwer zu schlagen. Das bewies wieder der letzte Wien-Berlin-Kampf. Um den Spitzkampf werden sich in der Serie Weissensee, Hellas, Charlottenburg und Berlin 12 noch scharfe Kämpfe liefern. Daß Berlins Wasserballmannschaften mit die besten im Bunde sind, beweisen die zahlreichen siegreichen Spiele gegen auswärtige Mannschaften. Nachstehend die Tabelle, Stand vom 26. Januar, gerechnet nach den niedrigsten Verlustpunkten:

Team	Siege	Spiele gewonnen	unent.	verloren	Torgahl	Punkte
Charlottenburg	4	4	—	—	43:11	8:0
Spandau	2	2	—	—	7:6	4:0
Weissensee	3	2	—	1	7:4	4:2*
Hellas I	2	1	—	1	8:9	2:2
Berlin XII	4	2	1	1	18:13	5:3
Union	3	1	1	1	16:25	3:3
Röme	3	1	—	2	10:15	2:4
Lichtenberg	3	1	—	2	9:19	2:4
Neutölln	2	—	—	2	8:11	0:4
Hellas II	4	—	—	4	11:24	0:8*

* 1 mal nicht angetreten.

Ringern um die Kreismeisterschaft

„L-F 04“ besiegt Tegel mit 24:4 Punkten

Im „Alten Krug“ in Tegel standen am Sonntag die beiden A-Mannschaften der bundestreuen Arbeiterathletenvereine Lichtenberg-Friedrichsfelde 04 und Tegel 1899 im fälligen Serienringkampf um die Meisterschaft des 4. Kreises gegenüber. Die Favoritenmannschaft trat vollzählig und prächtig trainiert an. Tegel mußte leider die Mannschaft mit Erschlagenen vernünftigen, die gegen die überlegenen Gegner nichts ausrichten konnten. Zwei Kämpfer schieden wegen Verletzungen aus, so daß in der zweiten Runde die Punkte kampflös an die Siegermannschaft fielen. Die ungeschlagenen und in allen Mannschaftstreffen erfolgreichen Lichtenberger, die auch den Kreismeister Lichtenberg schlagen konnten, gewannen diesen Kampf ganz überlegen mit 24:4 Punkten. Mit diesem neuen Erfolg gilt schon L-F 04 als der neue Kreismeister der Serie 1930/31, ein noch fälliges Treffen gegen Brandenburg ändert an diesem Ergebnis der Serientämpfe nichts mehr.

Von Anfang an machte sich die Ueberlegenheit der Lichtenberger Athleten geltend. Die meisten Punkte für L-F 04 holte im Fliegengewicht Spießhöfer, er besiegte den Tegeler Erfahrungsmann Nowko bereits nach 5 Sekunden; zur zweiten Runde trat A. nicht wieder an. Borchert (L-F) bezwang Kroske-Tegel im ersten Treffen in der zweiten Minute mit einem Wälzfuß und siegte in der zweiten Runde nochmals in 5,50 Min. entscheidend. Im Federgewicht überließ der gewandte Hartmann-Tegel die Kampfführung W. Binder (L-F), die erste äußerst bewegliche Begegnung endete unentschieden. H. trat in der folgenden Runde wegen Verletzung nicht wieder an. Zwei gute Taktiker der Ringmatte trafen erstmalig im Mitteltgewicht aufeinander, Burthardt (L-F) und Kohnmann-Tegel, der bessere B. drückte nach 1,15 Min. seinem Gegner die Brückenlage ein, in der besseren zweiten Runde verschuldete K. seine Schulterniederlage selbst. Der technisch überlegene W. Binder (L-F) bezwang im Mitteltgewicht seinen Gegner Bobbel-Tegel in der 8. Minute durch Eindringen der Brücke, in der Rückrunde siegte B. in 2,20 durch Armzug. Kraftvolle und harte Treffen gab es im Halb- und Schwergewicht, hier reichte die Ringzeit nie aus, um einen Schulterriegel zu erzielen. Höhrner-Tegel und Wollschied (L-F) rangen in der ersten Kampfhälfte nur im Stand. Der folgende Bodenkampf sah beide Gegner wechselseitig im Angriff, das erste Treffen endete unentschieden; mit größerem Einsatz aller Kräfte wurde in der Wiederholung gekämpft, auch dies Treffen blieb offen. Der technisch weit bessere Schwergewichtler Kradlow (L-F) besiegte den Tegeler Hildebrandt in beiden Gängen nach Punkten. Die erste Runde gewann L-F 04 mit 12½:2¼ P. und die Schlussrunde mit 12½:1¼ Punkten.

Einer der angesehensten Arbeiter-Athletenvereine, der Sportklub „Alt-Wedding“ 1883, pflegt methodisch die Ausbildung seines Nachwuchses. Die Schüler und Jugendlichen brachten stets die besten Kräfte an Kampfsportler hervor. In diesen Abteilungen werden moderne gymnastische Übungen als Grundlage und der Ausgangspunkt der Körperkultur bestens gepflegt. Die Jugendlichen erlernen hier die Regeln des Ringens, in der Art, wie es im Arbeitersport für richtig und gesundheitsförderlich ist. Darum schickt eure Jungen in die Arbeiter-Athletenvereine. Der Sportklub „Alt-Wedding“ tut alles, um die ihm anvertrauten Kinder zu gesund und fröhlichen Sportlern zu erziehen. Die Übungsstunden der Schüler sind Donnerstags von 18 bis 30 Uhr in der Turnhalle Utecher Straße 30/31. Die Übungsstunden der Männer und Jugendlichen sind Dienstags, Donnerstags und Freitags von 19½ bis 21½ Uhr sowie Sonntags von 10 bis 12 Uhr. Gäste und Interessenten sind herzlich willkommen.

„Volkssport Wedding“ marschiert!

In der am Sonntag abgehaltenen ersten Generalversammlung teilte der Vorsitzende Tappert mit, daß alle Verbindungen mit der F.V.B. gelöst und die Aufnahme in den Arbeiter-Turn- und Sportbund vollzogen ist. 642 Mitglieder sind gemeldet, diese Zahl zu verdoppeln, sei die erste Aufgabe. Die Partei- und Gewerkschafts-

mitglieder des Boddings werden auf den neuen Verein aufmerksam gemacht. Die Mitglieder sind angewiesen, auch in bezug auf die politische Organisation ihre Pflicht zu erfüllen, so daß eine gegenseitige Unterstützung gewährleistet ist. Auskunft in allen Angelegenheiten erteilt Rich. Loppel, Berlin-Reinickendorf-Ost, Luisenweg 19.

Schwimmfest in Lichtenberg

Glänzender Sport bei den Arbeitersportlern

Das dritte bundesoffene Schwimmfest der Gruppe Lichte nberg der freien Schwimmer Groß-Berlin war für den Veranstalter in jeder Beziehung ein großer Erfolg. Seine Berliner Klasse steigerte sich in den Wettkämpfen große Kämpfe. Die festlich geschmückte Schwimmhalle war bis auf den letzten Platz gefüllt. Die Lichtenberger verstanden es ausgezeichnet, durch das geschickt aufgesetzte Programm, die Zuschauer bis zum Schluß in Spannung zu halten.

Die große Eröffnungsfesttag über 20x50 Meter brachte sogleich Stimmung ins Haus. Bei jeder Ablösung verschob sich die Führung der gleichwertigen Gegner; mit geringem Vorsprung gewann schließlich Neutölln vor Hellas und Lichtenberg. Die Kräftefesttag 4x100 Meter gewann ebenfalls Neutölln vor Lichtenberg, die überraschend Charlottenburg und Hellas hinter sich lassen konnten. Das schönste Rennen, die große Brustfesttag über 50, 100, 200, 100, 50 Meter bot bis zum Einsetzen der 200-Meter-Schwimmer ein geschlossenes Feld. Erst die Langschwimmer zogen das Feld auseinander. Nach anfänglicher Führung Lichtenbergs und Neutöllns setzte sich Charlottenburg an die Spitze, dann aber lief der Schlussschwimmer Neutöllns zur Führung auf. Kopf an Kopf ging der Kampf auf der letzten Bahnlänge, nur mit Handschlag schlug der Charlottenburger vor Neutölln an. Gut besetzt waren die Jugend- und Kinderwettkämpfe. Eine Aderbrustfesttag über 8x50 Meter gewannen überlegen die Lichtenberger, ebenfalls auch die Knabenbrustfesttag vor Hellas. Von den drei Jugendfesttagen gewann Neutölln die männliche Brustfesttag 8x50 Meter und die weibliche Jugendfesttag, während Hellas sich die weibliche Jugendbrustfesttag holte. Die älteren Herren bewiesen in der Altersfesttag ausgezeichnetes Können und Kampfgeist. In recht guter Zeit holten sich die Lichtenberger den Sieg vor Union und Neutölln, Hellas vorfiel der Distanzierung. Schwimmprüfung konnte man die im Programm angezeigten Größschwimmer nennen, die in allen Altersklassen der Erwachsenen, Jugend und Kinder zum Austrag kamen. Alle Klassen wiesen starke Felder auf und die Leistungen der Neulinge zeigten, wie bei den Lichtenbergern gearbeitet wird.

Lichtenbergs Spezialität ist das Reigenschwimmen. Obwohl die oft erprobten Schwimmerinnen wieder ein schönes Figurenspiel zeigten, muß besonders die Rührigkeit der Kleinsten festgehalten werden: Die exakte Arbeit eines wunderbaren Kinderreigens ließ ausgezeichnet. Bessie Klasse und alte Rivalen trafen im Kunstspringen zusammen. Greifung war der Bessere vor Nachtigal-Hellas. Greifung gewann im Jugendfesttag, wo Gutschmidt-Brandenburg und Polte-Hellas als nächste folgten. Ein humoristisches Springen sorgte für die Betätigung der Badmuskeln. Den Beschluß bildete ein Wasserballspiel zwischen Lichtenberg und dem Bundesmeister Charlottenburg mit Fünfermannschaften. Das Spiel bot schöne Momente und hinterließ bei den Zuschauern den besten Eindruck. Charlottenburg gewann überlegen. Endresultat 15:4 (9:1).

Beim Boxen geblendet

Reggi Meen des Augenlichts beraubt

Vor 12000 Menschen fand am Montag in Leicester der Kampf zwischen dem englischen Schwergewichtmeister Reggi Meen und dem französischen Meister Grifelle statt. Meen hatte sich sehr gut bis in die neunten Runde behauptet, so daß man schon mit seinem Siege rechnete, als ihn Grifelle nach einer Jagd durch den Ring durch einen schweren Schlag in das rechte Auge zu Fall brachte. Blutüberströmt stürzte Meen lautöhnend zusammen. Der Schlag hatte ihm das Augenlicht geraubt.

Karten für Skiläufer

Daß der Winterpariser für Karten, die ihm nicht nur Nützlichkeiten, sondern Wege weisen, dankbar ist, wird jeder Wanderlustige begreifen. Es war daher ein guter Gedanke von der Landesgruppe Sachsen des Riesengebirgsvereins, eine Karte für den Winterpariser im Riesengebirge herauszugeben, die alle im Winter benutzbaren Wege und die Stangen-Markierung durch rote, deutlich voneinander verschiedene Zeichendarstellungen darstellt. Im Maßstab von 1:50 000 gehalten bringt sie das Gebiet von Barmbrunn-Erdmannsdorf bis Hoheneibe-Johannisbad (auf der tschechischen Seite) zur Darstellung, durch ein breites farbiges Band die Grenze markierend, die meist auf dem Kamme verläuft. Das deutsche Gebiet enthält die großen Sportzentren Schreiberhau, Agnetendorf, Hain, Brundenberg, Krusnhübel und Schmiedeberg; auf der tschechischen Seite stehen Koshitz, Spindelmühle und Kupa im Vordergrund. Bei der Schneegrubenbaude tritt der vom Jeschen auf der tschechischen Seite kommende Kammweg zur Schneefuppe auf deutsches Gebiet; er ist durch blaue Striche mit Zäken markiert. Eine solche Kammwanderung auf deutscher Seite sieht wie folgt aus: Ab Schreiberhau: Neue Schleifische Baude, Keilträger, Schneegruben, Spindelmühle, Mittagstein, Brinz-Heinrich-Baude über dem Großen Teich, über den Koppelpfad zur Schneefuppe. Auf der tschechischen Seite würden lauten: Wosselerbaude, Kesselkoppe, Elbfall, Weißwassergrund, Spindelmühle, Silberkorn, Brunnberg. Die Fortsetzung der Kammwanderung von der Schneefuppe führt über den Riesentann, Schwarze Kappe zu den Grenzbauden. Abschluß in Schmiedeberg. Aus der Karte ersieht man nun deutlich, welche Verbindungswege zwischen den einzelnen Gebieten vorhanden und benutzbar sind, so daß selbst für den, dem der Kamm schon vertraut ist, eine Reihe neuer interessanter Touren sich ergibt. Auch der persönlichen Sicherheit dient die Karte, zumal wenn man sich nach den Angaben der Reisehandbücher betr. Bereisung, Lammempfehlung usw. richtet. Neben den Wegen enthält die Karte noch klare Zeichen für die Bauden, Studenten- und Schülerherbergen sowie über das Vorhandensein von Sprungplätzen, Rodel- und Bobfahrbahnen. Die auf tschechischer Seite angebrachte Wintermarkierung wird auch wiedergegeben.

Zum Eishockey-Länderkampf Lettland-Deutschland der Arbeiterpariser am Freitag, 13. Februar, 20.15 Uhr, im Sportpalast ist der Vorverkauf an folgenden Stellen eröffnet, Sportzentrale, Königsberger Str. 5/6; Geschäftsstelle F.V.B., Utecherberger Str. 3; Wagners Vereinshaus, Frankfurter Allee 134; Kreisgeschäftsstelle, Utecher Str. 86/88; Sporthaus Nordwest, Stromstr. 56; Sportpalast, Potsdamer Straße; Benlandt, Passage U. d. Linden 30; M. Wertheim und in der Geschäftsstelle der Naturfreunde, Johannisstr. 15. Um allen Kreisen der Berliner Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, diesen schönen und schnellsten Sport kennenzulernen, sind die Eintrittspreise sehr niedrig gehalten. Sie betragen 50 Pf. bis 3 M.

Das Streichorchester der Naturfreunde veranstaltet in Gemeinschaft mit dem Gesangchor der Gruppe Humboldthain Donners og. 5. Februar, 20 Uhr, in der Schulkaula Friedenstraße 31 einen Musikabend. Eintritt 30 Pf.

Hein Müller bogt in Berlin. Der neue deutsche Schwergewichtsbogmeister Hein Müller wird vor seiner Abreise nach Amerika noch einmal in den Ring gehen, und zwar am 17. Februar im Berliner Sportpalast. Die Verhandlungen wegen eines geeigneten Gegners für den Kölner sind bereits aufgenommen.

Bundesneue Vereine teilen mit:

- Neuer Körperkulturkreis Kreuzberg. Mittwoch, 4. Februar, 19-20½ Uhr, Rathhaus, Baumalstraße. Donnerstag, 5. Februar, 20 Uhr, Berlin Dr. med. 2. Hof: Innere Schranke, Schule Diefenbachstr. 61. Utecherstr. 20 St. Freitag, 6. Februar, 19-20½ Uhr, Kreisamtsamt, Schule U. d. Linden, Friedenstraße 31.
- Volksklub Kreuzberg-Brick. 2. Spiel, 2. Rhythmusübungen: Elternvereinsklub Mittwoch, 4. Februar, 19½ Uhr, in der Aufseherhülle, Brick, Röhren-Weiler. Das Februar-Mittelspiel gelangt in allen Abteilungen (auch in den Aderabteilungen) zur Ausgabe.
- Neue Arbeitervereine Kreuzberg, 6. B. Donnerstag, 5. Februar, 19½ Uhr, Monatsversammlung: Gutschmidt-Brandenburg Mittwoch, 4. Februar, 19½ Uhr, bei Schaeke, Berliner Allee 62, Utecherberger Straße. Vortrag des Genossen Knecht: „Der Bau des menschlichen Körpers“.
- Neue Arbeitervereine Kreuzberg: Training 20 Uhr Turnhalle Wollschied-Nathaus-Schule, Bobbitzstraße.
- Christlich-sozialer, sozialer, sozialer, sozialer. Diese Sportarten werden im 20. Utecher Str. 2. U. Utecher und unter fachmännischer Anleitung betrieben. Interessenten sind jederzeit gern erbeten. Anmeldungen werden auf den Übungsstunden entgegengenommen, die wie folgt stattfinden: Dienstags 19½ Uhr, Donnerstags 20 Uhr, Turnhalle an der Poststraße.
- Die Arbeiter-Gesangsvereine treffen sich Mittwoch, 4. Februar, 20 Uhr, zum Training für den 13. Februar.



Dienstag, 3. Februar.
Berlin.

- 16.05 Spitz- und Spitzgitarre bekannter Sportleute (Hans Borowik).
 - 16.30 1. Prokofjew: Sonate G-Moll, op. 30, Nr. 4. 2. Scriabin: a) Zwei Poemes, op. 32; Fis-Dur und D-Dur; b) Albumblatt, op. 45; c) Désir, op. 37 (W. Witkowski, Klavier).
 - 16.55 Bücherstunde: Neue Prosaansammlungen. (Am Mikrophon: Dr. Kurt Pinthaus.)
 - 17.25 Tanz-Tee-Musik.
 - 18.00 1. Lieder nach Gedichten von Carl Hauptmann (D. Paul Loreozzi, Bariton); Flügel: Julius Bürger). 2. Dr. W. Milch, Breslau: Carl Hauptmann, der Mensch und Dichter.
 - 18.30 Programm der Aktuellen Abteilung.
 - 18.55 Arbeitsmarkt.
 - 19.00 Unterhaltungsmusik.
 - 20.30 Berlin: Carl Hauptmann, Zum zehnten Todestage.
 - 22.00 Wetter-, Tages- und Sportnachrichten.
 - 22.15 Dr. Josef Klausner: Politische Zeitungschau.
- Königswusterhausen.
- 16.00 Ursula Scherr, William Wauer: Künstlerische Handarbeiten.
 - 16.30 Leipzig: Konzert.
 - 17.30 Dr. Merzmann: Neue Musik.
 - 18.00 Prof. Dr. V. v. Geramb: Die großdeutsche Kulturgemeinschaft im Volk-leben.
 - 18.30 Min.-Dir. Prof. Dr. Richter: Gebrüder Schlegel.
 - 19.00 Französisch für Anfänger.
 - 20.30 Prof. Dr. Müller: Deutsche Landwirtschaft und Weltmarktlage.
 - 21.00 Leipzig: Nachrichten.
 - 21.10 Leipzig: Arsen- und Duet-Abend.
 - 22.45 Wetter-, Tages- und Sportnachrichten.
 - 22.45-24.00 Hamburg: Unterhaltungskonzert.

Zur Erinnerung an Friedrich Ebert spricht Reichsminister Dr. Joseph Wirth am Mittwoch, dem 4. Februar, 18.55 Uhr, auf dem Berliner Sender Worte des Gedenkens.

Better für Berlin: Größtenteils trübe bei mäßigen Frost, keine oder nur unwesentliche Schneefälle, östliche Winde. — Für Deutschland: Im Nordosten strenger Frost, auch im Westen Uebergang zu Frostwetter, überall ziemlich trübe und besonders im Süden einzelne leichte Schneefälle.